

Den Lohnraub an den Asklepios-Kliniken beenden – der Multimilliardär Broermann hat genug

26.08.2021

Der Warnstreik geht weiter - Tag 5, 6, 7 und 8 kommen:

Ab kommenden Montag gehen die Beschäftigte der drei Brandenburger psychiatrischen Asklepios-Fachkliniken in Brandenburg an der Havel, Teupitz und Lübben vier weitere Tage in den Warnstreik. Sie sind nicht länger bereit, den Lohnraub durch das Asklepios-Management in Ostdeutschland zu akzeptieren.

Die 1.450 Beschäftigten an den drei Brandenburger Asklepios-Fachkliniken in Brandenburg an der Havel, Teupitz und Lübben werden vom 30. August bis 2. September für weitere vier Tage die Arbeit niederlegen und in den Warnstreik treten. Sie fordern einen Stopp der Lohndiskriminierung und wollen in Brandenburg zu den gleichen Konditionen arbeiten und bezahlt werden wie ihre Asklepios-Kolleginnen und Kollegen im westdeutschen Hamburg. Heute müssen sie umgerechnet bis zu elf Tage mehr pro Jahr arbeiten bei bis zu 21 Prozent weniger Entgelt. Einige verlieren so mehr als 10.000 Euro im Jahr (siehe auch Hintergrund unten).

Aufgrund der Blockadehaltung des Managements konnten die Tarifpartner in fünf Verhandlungsrunden keine Einigung erzielen. Trotzdem verweigert die Klinikleitung ein wesentlich verbessertes Tarifangebot. Die ver.di-Tarifkommission hat daher die vier weiteren Streiktage mit Arbeitsniederlegung von 6 Uhr bis 22 Uhr beschlossen. Von dem Warnstreik ist erneut auch der Maßregelvollzug in Brandenburg an der Havel betroffen.

Die Gewerkschaft ver.di hatte alle Warnstreiks rechtzeitig angekündigt und eine Notdienstvereinbarung für erforderliche Notdienste im Umfang von rund 230 Beschäftigten zuzüglich zu den rund 70 Nachtdiensten angeboten. Eine Einigung zu den von der Gewerkschaft angebotenen Notdiensten erfolgte bisher nicht. Am heutigen Donnerstag, 26.8., verhandelt ver.di erneut über die Notdienstvereinbarung.

„Es reicht uns: Asklepios-Gründer Broermann wird auch deswegen immer reicher, weil er seine Beschäftigten nicht fair bezahlt. Das ist schäbig“, sagt Ralf Franke, der ver.di-Verhandlungsführer. Dabei hat er mehr als genug: Asklepios-Gründer Bernhard Broermann hat es seit der Gründung des privaten Krankenhausunternehmens Asklepios de facto aus dem Nichts mit Gesundheitsdienstleitungen in Deutschland zum Multimilliardär gebracht und ist laut Forbes-Milliardärsliste auf Platz 561 der reichsten Menschen der Welt (<https://t1p.de/hss0>).

Die zentrale Streikversammlung ist am Montag, 30.8., um 10:30 Uhr in Brandenburg auf dem Neustädtischen Markt. Für Donnerstag, den 2.9., ist um 10:30 Uhr in Lübben (Spreewald) auf dem Marktplatz eine weitere zentrale Streikkundgebung geplant. Auch die Streikenden aus Brandenburg und Teupitz werden mit Bussen anreisen. Gern vermitteln wir Ihnen Ansprechpartner aus den Kliniken, die von ihren Arbeitsbedingungen berichten.

Für Rückfragen: Ralf Franke, ver.di-Verhandlungsführer, Tel.: 0171-8673550

Zum Hintergrund:

Seit April 2021 führen ver.di und die Asklepios Fachkliniken Brandenburg GmbH Tarifverhandlungen für die 1.450 Beschäftigten an den Fachkliniken in Brandenburg an der Havel, Teupitz und Lübben. Das Management will die Beschäftigten in Brandenburg für die gleiche Arbeit mit teilweise bis zu 10.600 Euro weniger pro Jahr auch in den kommenden Jahren deutlich schlechter bezahlen als in seinen Hamburger Kliniken. In Hamburg bezahlt das Management den und 12.500 Asklepios-Beschäftigten Tariflohn nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Dabei ist die Bezahlung der Krankenhausleistungen und der psychiatrischen Krankenhäuser bundesweit einheitlich. Es gibt also keine wirtschaftliche Rechtfertigung dafür, die Krankenhaus- und Psychiatriebeschäftigten in Ostdeutschland schlechter zu bezahlen als in Westdeutschland und ihnen den TVöD zu verweigern, so wie es Asklepios derzeit tut. „Es ist vielmehr Lohnraub, den der Arbeitgeber seit vielen Jahren betreibt“, sagt ver.di-Verhandlungsführer Ralf Franke.

Die Unterschiede sind teilweise immens: In seinem letzten Tarifangebot verlangt der Arbeitgeber von seinen Pflegefachkräften in der Psychiatrie, von April 2021 bis März 2022 für 5.400 Euro brutto pro Jahr billiger zu arbeiten und für den Zeitraum von April 2022 bis März 2023 für 5.700 Euro weniger als die Hamburger Asklepios-Beschäftigten. Therapeutinnen und Therapeuten, die zu mindestens 50% ihrer Arbeitszeit in der Psychiatrie arbeiten, sollen in den gleichen Zeiträumen sogar auf bis zu 10.600 Euro pro Jahr verzichten – die angebotenen Corona-Sonderzahlungen sind da schon eingerechnet.

Die Hamburger Asklepios-Beschäftigten bekommen dabei nicht nur mehr Lohn. Sie haben auch mehr Freizeit, da sie 1,5 Stunden weniger pro Woche arbeiten. „Eine Pflegefachkraft in Wechselschichtarbeit in der Psychiatrie soll mit dem Tarifangebot von den Asklepios-Fachkliniken im Land Brandenburg 90 Stunden oder umgerechnet 11 Arbeitstage im Jahr mehr arbeiten als bei Asklepios in Hamburg – bei monatlich bis zu 13 Prozent weniger Entgelt als in Hamburg“, sagt Ralf Franke. „Die Therapeuten in der Psychiatrie sollen mit dem Tarifangebot von Asklepios weiterhin bis zu 21 Prozent weniger Entgelt als die vergleichbaren Therapeuten für die gleiche Arbeit bei Asklepios in Hamburg erhalten“, so Franke weiter.

Zwischenzeitlich hatte die Geschäftsführung der Asklepios Fachkliniken Brandenburg GmbH behauptet, bis zu 16% Gehaltserhöhung bei einer Laufzeit von 24 Monaten angeboten zu haben. ver.di-Verhandlungsführer Ralf Franke widerspricht dem Management: „Die Behauptung gehört in die Kategorie der Fake News und soll die Öffentlichkeit falsch informieren. Das Management hat Gehaltserhöhungen erst für die Zeit ab 1. April 2022 in zwei Schritten für die Pflegefachkräfte in Wechselschichtarbeit in Höhe von insgesamt 8,5%, für die Therapeut/innen bis zu 5,3% und für alle anderen Beschäftigten nur bis zu 4,1% angeboten. Für die Monate April 2021 bis März 2022 hatte Asklepios eine Corona-Sonderzahlung angeboten. Dafür sollen sich aber die Gehälter in den Monaten April 2021 bis März 2022 nicht erhöhen. Außerdem fordert Asklepios eine Laufzeit von 33 Monaten.“

Diese drastische Schlechterstellung wollen sich die Beschäftigten nicht weiter bieten lassen. „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten länger und verdienen deutlich schlechter. Diese Ungerechtigkeit wollen wir 30 Jahre nach der deutschen Einheit endlich beenden“, sagt ver.di-Verhandlungsführer Ralf Franke.